

Abbildung 3: Christentum und Islam in Europa – nach parteipolitischer Präferenz

| | kämpferische Kulturchristen | friedliche Kulturchristen | für den Religionsdialog |
|--------------|--------------------------------|------------------------------|----------------------------|
| SPÖ | 30% | 37% | 32% |
| ÖVP | 32% | 45% | 23% |
| FPÖ | 43% | 23% | 33% |
| Grüne | 13% | 38% | 49% |
| BZÖ | 45% | 26% | 29% |
| Die Christen | 46% | 38% | 15% |
| Nichtwähler | 23% | 36% | 41% |
| <i>alle</i> | <i>30%</i> | <i>39%</i> | <i>31%</i> |

Solche Verteilungen sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Meinungslage in den jeweiligen „Parteivölkern“ selbst noch einmal bunt ist. In der FPÖ befürworten lediglich 43% eine kämpferische Antiislampolitik. 33% der FPÖ-Sympathisanten zählen zu den Vertretern des friedlichen Religionsdialogs. Und ein Viertel der FPÖ-Nahen sind friedliche

Kulturchristen mit einer Grundwertschätzung für den Islam. Die in ihrer Tendenz kulturkämpferische Islampolitik der FPÖ ist somit auch unter deren Sympathisanten nicht mehrheitsfähig.

Mehr dazu in: Zulehner, Paul M.: Verbuntung. Kirchen im weltanschaulichen Pluralismus, Ostfildern ²2012. ■

Europa: Demokratiedefizit

Heinrich Neisser gibt einen handlichen und hilfreichen Überblick über alles, was bisher geschah – von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951 bis zum Beitritt Kroatiens zur EU 2013. Eine Zeittafel, ein Glossar und ein Abkürzungsverzeichnis werden sich auch beim Lesen der Tageszeitungen als nützlich erweisen.

Ich schlage die Seite 97 auf, denn dort finde ich die Überschrift: „Quo vadis Europa?“. Die Möglichkeiten für den weiteren Weg: Redimensionierung, also Teilung zwischen reichen und armen EU-Ländern oder verstärkte Integration in Richtung „Vereinigten Staaten von Europa“. Gegen die erste Variante werden sich alle Europafreunde wehren, für die zweite wird man derzeit die Bevölkerungen nicht gewinnen können. „Man kann annehmen dass auch in Zukunft das Prinzip des Weiterwurschtelns dominieren wird.“

Traurige Aussichten. Wie konnte es so weit kommen? „Obwohl der Integrationsverlauf [...] auch für künftige Beitritte die demokratische Qualität der einzelnen Staaten als unabdingbare Voraussetzung verlangte, hat die Gemeinschaft für sich selbst diese Beitrittskriterien nicht erfüllt.“ Kritische Beobachter meinen sogar: Würde die EU bei sich selbst einen Beitrittsantrag stellen, so müsste sie diesen ablehnen, „weil sie das Kriterium einer existenten Demokratie nicht erfüllte“.

Kann Europa ein Bundesstaat werden? Was ist von einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ zu halten? Neisser setzt sich detailliert mit allen Möglichkeiten auseinander. Sein Buch kann die Krise nicht lösen, hat aber einen hohen Informationswert. ■



Heinrich Neisser, Europa Eine kritische Zwischenbilanz 144 Seiten, Edition Steinbauer

py